

BULGARIEN

DR. MARCO ARNDT
BORISLAV WANKOV

November 2014

www.kas.de/bulgarien

Absichtserklärung der Koalitionsparteien (Zusammenfassung)

Die vorerst zwei wichtigsten Dokumente der neuen Regierung sind ein Koalitionsabkommen zwischen GERB und dem Reformblock und eine programmatische Regierungserklärung, unterstützt von GERB, dem Reformblock, der Patriotischen Front und der ABV. Im Folgenden die wichtigsten Schwerpunkte daraus.

Programmatische Erklärung

Zum Beginn verweisen die politischen Kräfte auf die ihres Erachtens wichtigsten Bereiche, die reformiert werden müssen. Das sind die Justiz, das Gesundheitswesen, die Bildung, das Rentensystem, die Energiewirtschaft, die Wahlgesetzgebung und die demographische Lage.

Justiz: Die konkreten Zusagen sind Novellen im Justizgesetz, so dass der Oberste Justizrat die Richter und der Rat der Staatsanwaltschaft die Staatsanwälte kontrolliert. Dazu soll der jetzige Oberste Justizrat in zwei Räte geteilt werden, die jeweils für die Richter und

Staatsanwälte zuständig sind und entsprechend von den Quoten der Richter und Staatsanwälte gewählt werden. Es wird auch ein Mechanismus zur Kontrolle der Tätigkeit des Generalstaatsanwalts zugesagt. Novellen im Wahlgesetz(buch) sollen die Wählerverzeichnisse aktualisieren helfen, es soll eine aktive Wählerregistrierung geben, um den Stimmenkauf einzuschränken, maschinelle Abstimmung und Auszählzentren eingeführt werden. Ein Referendum über die Einführung der Wahlpflicht ist anvisiert. Auch sollen bei Vorliegen von mindestens 10 000 Unterschriften Gesetzentwürfe durch Bürger eingereicht werden können.

Wirtschaft: Es wird die Unterstützung für Exporteure von innovativen Produkten zugesagt, Unterstützung des Tourismus, Verringerung der Bürokratie durch elektronischen Handel, Einführung elektronischer öffentlicher Aufträge und die Ausarbeitung einer Strategie für das intellektuelle Eigentum (Urheberrecht), Verringerung der Hindernisse bei der Gründung

von KMU. Angestrebt werden geringe Haushaltsdefizite und geringere öffentliche Schulden. Die Bewahrung des Währungsrates ist explizit formuliert. Die Nationale Steuerbehörde und die Zollverwaltung sollen zusammgelegt und eine Kapitaltransaktionssteuer eingeführt werden. Durch Gesetzesnovellen soll die Beteiligung von Offshore-Firmen an der Wirtschaft eingeschränkt werden. Außerdem wird Bulgarien für die Teilnahme an der europäischen Bankenaufsicht kandidieren.

Energiewirtschaft: Es sollen Strategien für die Entwicklung des Sektors bis 2030 und für Energieeffizienz bis 2050 angenommen werden. Der Betrieb des 5. Reaktors im AKW Kosloduj soll verlängert werden. Es sollen die nationalen Vorkommen an Erdöl und Erdgas erkundet und ausgebeutet werden. Das Moratorium auf die Erkundung von Schiefergas und sein Gewinn durch Fracking soll beibehalten werden. Die Pipeline „Südstrom“ soll nur unter Einhaltung der EU-Gesetzgebung gebaut werden dürfen. Der Strom- und Erdgasmarkt soll liberalisiert werden, vorgesehen ist die Schaffung einer Energiebörse. Die Kommission zur Regelung der Energiepreise DKWR soll nach Prinzipien, die ihre politische Unabhängigkeit garantieren, zusammengesetzt werden.

Verkehr: Bau der Autobahnen „Haemus“ (Nordbulgarien: So-

fia-Warna), „Struma“ (nach Griechenland im Struma-Tal), eines Tunnels unter dem Schipka-Paß und des nördlichen Abschnitts der Ringstraße von Sofia. Rekonstruktion der Eisenbahnlinien Sofia-Septemvri, Plovdiv-Burgas (2. Phase), Dragoman-Sofia und Widin-Sofia.

Landwirtschaft: Hier sind u. a. Maßnahmen gegen die illegale Abholzung hervorzuheben. Ansonsten werden als Prioritäten die Tierhaltung, Gemüseproduktion und der Bioanbau und die Unterstützung für junge Farmer hervorgehoben.

Bildung: Hier ist ein Schwerpunkt die „Gleichstellung und der Wettbewerb aller Formen der Schulbildung und die Vereinfachung der Validierung der Fähigkeiten und Fertigkeiten der Schüler“, wobei nicht klar ist, ob das die Gleichstellung der Privatschulen mit den staatlichen in jeder Hinsicht ist. Es soll das duale System der mittleren Schulbildung eingeführt werden – Ausbildung und Arbeit. Eine umfassende Reform der Schul- und Hochschulbildung und eine Reform des Fonds „Wissenschaftliche Forschung“ sind angedacht.

Sozialpolitik: Es sollen nach Möglichkeit die Renten angehoben werden. Die Rentenreform für die so genannte 1. und 2. Arbeitskategorie (spezielle Berufsgruppen, die unter schweren Bedingungen arbeiten) soll frühestens 2016 beginnen. An

die Einführung eines Stundenmindestlohnes ist gedacht. Demografisches Modell ist die Familie mit drei Kindern, daher sollen die sozialen Zahlungen dieses Modell favorisieren.

Gesundheitswesen: Priorität sind Investitionen in die schnelle medizinische Hilfe. Es soll die Krankenkasse umstrukturiert und ein höheres Aufkommen aus den Gesundheitsbeiträgen angestrebt werden.

Sicherheit: An erster Stelle steht die Trennung von DANS und der Direktion zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Damit wären die polizeilichen Befugnisse dem Inlandsgeheimdienst wieder entzogen. Novellen im Gesetz über das Innenministerium sollen den Wettbewerb bei der Ausschreibung von Stellen stärken.

Regionen: Schwerpunkte der Investitionstätigkeit sollen Nordwestbulgarien, das Strand-scha-Gebirge, die Rhodopen und andere strukturschwache Regionen sein.

Staatsverwaltung: Schwerpunkt ist der Aufbau der elektronischen Regierung. Eine elektronische Steuerung soll es im Gesundheitswesen, der Bildung, der Sozialpolitik und der Justiz geben.

Kultur: Die Kultur wird als nationale Priorität hervorgehoben. Es soll eine nationale Kultur-

strategie 2014-2023 angenommen werden.

Koalitionsabkommen

Die beiden Koalitionspartner GERB und Reformblock verpflichten sich, zehn Prinzipien zu folgen: Demokratie, Ehrlichkeit und Offenheit gegenüber den Bürgern, Wahrung der Rechte, der Sicherheit und des Wohlstand der Bürger, Wahrung und Entwicklung der nationalen Identität, geteilte Verantwortung, Transparenz, Toleranz, Schutz vor Diskriminierung und Desintegration, Ablehnung der Sprache des Hasses und des Nationalpopulismus.

Auf der Grundlage der obigen programmatischen Erklärung soll innerhalb eines Monats ein Regierungsprogramm ausgearbeitet werden. Die programmatische Erklärung kann ergänzt, bereits bestehende Texte können aber nicht mehr redigiert werden. Bei Ergänzungen müssen sowohl GERB als auch der Reformblock einverstanden sein.

Für Regierungsbeschlüsse und die Arbeit im Parlament gilt das Konsensprinzip. Abweichende Meinungen dürfen nur dazu von GERB oder dem Reformblock autorisierte Personen vertreten. Ministerposten dürfen auch Personen außerhalb von GERB und dem Reformblock übernehmen, doch müssen beide Parteien mit der Kandidatur einverstanden sein.